



Gewerkschafter/innen gegen Atomenergie und Krieg

E-Mail: ggae@gmx.at Web: www.atomgegner.at
KONTAKT: Stiftgasse 8, 1070 Wien



www.atomgegner.at

Nr. 2, Juli 2020

www.prodemokratie.com

Redaktionsschluss 20.6.2020

Covid-19

Experten, Propaganda, Politik



Die Politshow der vier „Apokalyptischen Retter“ (Kurz, Kogler, Nehammer, Anschöber), oft begleitet vom „Roten Kreuzritter“ mit Überwachungs-App, dazu der Oberverschwörungstheoretiker und -praktiker aus dem „Weißen Haus“ wurden und werden uns täglich von den Medien ins Haus geliefert. Getragen von nationalistischer Arroganz wird kundgetan, wie gut wir hier in unserem „Hoamatl“ nicht sind und wo es auf „Kurz oder Kogler“ zur „neuen Normalität“ geht. Im Großen und Ganzen beschränkte sich die Berichterstattung auf:

Vorurteile, Vermutungen, Angstmacherei

Dazu gehörten: Die angeblich enorm hohe „Dunkelziffer der symptomlos Infizierten“, die möglicherweise schon immun sind; die Harmlosig-

keit der Infektion für die überwiegende Mehrheit der Erkrankten; die schnell anzustrebende Herdenimmunität; die Medikation die schon greifbar ist; die alles erlösende Impfung; und womöglich durch einen Schnelltest der Antikörper oder mit der Überwachung der Bewegungsprofile mittels einer App auf dem Mobiltelefon oder einem Schlüsselanhänger, die Wiederherstellung der vollen Bewegungsfreiheit.

Der Wunsch hinter diesen Vorstellungen war und ist, durch das Umlegen einfacher Schalter, die Wirtschaft wieder „hochzufahren“, denn die Bevölkerung hat in unserer profitorientierten Gesellschaft in erster Linie den Kapitalinteressen zu dienen und nicht, dass etwa die Wirtschaft die Bedürfnisse (auch die gesundheitlichen) der gesamten Bevölkerung erfüllen sollte.

Alle diese Spekulationen könnten durch das Studium der wissenschaftlichen Literatur über die ganz ähnlichen Coronaviren SARS (Epidemie 2003) und MERS (2012), aber auch der neuesten Literatur zum aktuellen Coronavirus Covid-19 wissenschaftlich und nicht nur mit tagespolitischem Populismus betrachtet werden. Diese Literatur umfasst hunderte Arbeiten in den führenden wissenschaftlichen Zeitschriften der Welt und ist praktisch durchgehend für jeden frei zugänglich. Darüber hinaus ist die täglich sich ändernde Erfahrung bei der Behandlung der Patienten zu beachten, sowie all die Modellsimulationen, die Mathematiker, Statistiker und Epidemiologen erstellen um damit sowohl effektive Teststrategien und die Bewertung der Testresultate zu erstellen und auch Vorschläge für notwendige und mögliche Bewegungsfreiheit zu entwickeln. Diese Erkenntnisse und wissenschaftlichen Diskussionen könnten dann auch in entsprechender Form der Bevölkerung nahegebracht werden, die dann auf der Basis von Informationen tatsächlich eigenverantwortlich handeln könnte. Man muss nicht durch Angst und mit demonstrativer und oft

überzogener und wie sich jetzt herausstellt ungesetzlicher Polizeigewalt Effekte erreichen, die hinterher mit Recht in Frage gestellt werden.

Erste Erkenntnisse aus den Ereignissen

Die Maßnahmen in den ersten Wochen nach dem Ausbruch der Erkrankung in Österreich waren im internationalen Vergleich durchaus nachvollziehbar. Eine sträfliche Unterlassung war hingegen das Zuwarten in den Tiroler Schigebieten und die Vernachlässigung der Kontrolle des Pflegepersonals von Pflegeheimen. Genauso wenig war es richtig, nur weil man keine Masken hatte, wochenlang das Tragen derselben als unbedeutend zu erklären, um sie dann, bei deren Verfügbarkeit verpflichtend vorzuschreiben, aber bei aufkommendem Unbehagen in der Bevölkerung auch gleich wieder die Maskenpflicht zu lockern.

Testen

Testen ist außerordentlich wichtig, aber man soll das dort, wo die Verbreitung potenziell am gefährlichsten ist. Das heißt im Umfeld Infizierter, bei Personen, die Menschen der Corona-Risikogruppe (Alte und Kranke) betreuen und dadurch gefährden könnten, und bei solchen Menschen, deren Ausfall für das gesamte System gefährlich werden könnte (z.B. medizinisches Personal). Wie in vielen Ländern zählen auch bei uns überdurchschnittlich viele Insassen von Pflegeeinrichtungen zu den Corona-Todesopfern. Das Testen von „billigen“ ausländischen Arbeitskräften im Fremdenverkehr, wodurch zahlungskräftige ausländische Gäste angelockt werden sollen, die dann das „billige“, von „billigen“ ausländischen „Facharbeitern“ geschlachtete und zerteilte Fleisch aus der Massentierhaltung verzehren sollen, ist jedoch eine teure Marketingmaßnahme zu Gunsten der Großhotellerie und hat mit Gesundheitsvorsorge für die Bevölkerung nichts zu tun.

Herdenimmunität

Die oft beschworene Herdenimmunität würde mit der jetzt sichtbaren Infektionsdynamik etwa 15 Jahre brauchen und dabei ist noch offen, ob alle Infizierten überhaupt eine Immunität erwerben und wie lange diese anhält.

Medikament

Die bisher verfügbare Medikation mit dem favorisierten Remdesivir bringt zwar nach vorläufigen Studien eine Verbesserung in der stationären Behandlungsdauer, aber keinen wirklichen Erfolg bei am stärksten betroffenen Patienten. Der Produzent von Remdesivir ist der Gilead-Konzern, der für seine Profitgier auf dem Gebiet antiviraler Wirkstoffe weltbekannt ist. Der frühere US-amerikanische Stabschef und mehrfache Verteidigungsminister Donald Rumsfeld war nicht nur Profiteur bei zahlreichen US-Kriegen, sondern ist auch Hauptaktionär beim Gilead-Konzern. Mit seiner

aktiven Unterstützung (Druck auf Regierungen) wurde sowohl bei der für den Menschen nicht relevanten Vogelgrippe 2006 und bei der Schweinegrippe 2009 tonnenweise das, wenn überhaupt, nur marginal wirksame Medikament Tamiflu weltweit verkauft. Gilead will sich nun mit dem internationalen Pharmakonzern AstraZeneca (UK, S, USA) vereinigen, der dabei ist, einen Impfstoff gegen Covid-19 zu entwickeln.

Impfstoffe gegen Covid-19

Das wäre dann nahezu eine Monopolstellung im Covid-19-Geschäft. Dieses Pharmakonglomerat würde dann über die Bill & Melinda Gates Stiftung und die WHO die Profite der Pharmakonzerne lenken, sofern nicht die US-Regierung einen anderen Impfstoffkonzern zum Einholen der Profite ins Rennen schickt. Obwohl noch offen ist, ob die Entwicklung eines Impfstoffes gegen dieses Virus überhaupt möglich ist, sichern sich schon jetzt einige europäische Staaten Vorkaufsrechte für Impfdosen des in Entwicklung befindlichen AstraZeneca Impfstoffes. Es wird auch schon über eine Impfpflicht diskutiert.

Der tödliche Ausgang einer Corona-Infektion kann von Vorerkrankungen abhängen, aber auch von Antikörpern, die bei einer oder mehrfachen Infektionen mit „harmloseren“ Coronaviren entstanden sind. Bei Coronaviren gibt es nämlich das auch bei anderen Viren bekannte Phänomen: Antikörper, die durch Viren der gleichen Gruppe erzeugt wurden, können sich zwar an ein neu auftretendes Virus anheften, dieses aber nicht perfekt neutralisieren. Das heißt, das Virus kann weiterhin in die menschlichen Zellen eintreten, Antikörper können einen Eintritt in menschliche Zellen sogar noch verstärken! Die Folgen: Befall des Immunsystems, weitere Schäden in anderen Organen, letztendlich Tod durch allgemeines Organversagen. Dieses Phänomen wird **„Antibody-Dependent Enhancement“ (ADE)** genannt.

Dieses ADE-Phänomen stellt auch eine riesige Hürde für eine mögliche Impfung dar, weil dadurch unter Umständen unwirksame Antikörper die „Hochrisikogruppe der alten Menschen“ durch einem vermeintlichen Impfschutz, einem möglicherweise lebensbedrohlichen Infektionsverlauf mit Covid-19 ausgesetzt werden könnte. Wissen kann man das leider erst im Nachhinein.

Diese Bedenken sind auch Herstellern von möglichen Impfstoffen bekannt und wurden selbst in einem Artikel im Standard vom 28. April 2020 („Die Hürden bis zur Impfung“) auch angesprochen. Es gibt daher auch 17 Jahre nachdem der erste gefährliche Coronavirus SARS pandemisch auftrat noch keinen einsetzbaren Corona-Impfstoff und voraussichtlich wird es im Hinblick auf die Testproblematik auch nicht schnell einen solchen geben.

Reproduktionsfaktor (R) und Verteilungsfaktor (k)

Die meisten Diskussionen haben sich um den sogenannten Reproduktionsfaktor (R) gedreht, das heißt, wie viele neue Infektionen ein Patient verursacht. Ohne Abstand-Halten und dem Eindämmen von Menschenansammlungen liegt dieser Faktor bei Covid-19 im Mittel etwa bei drei, das heißt ein kranker Mensch steckt drei gesunde an. In der Realität stecken jedoch manche Infizierte viele andere Menschen an, während andere Infizierte den Virus überhaupt nicht weiterverbreiten. Die am häufigsten beobachtete Reproduktionszahl liegt bei null. Das heißt, die meisten Menschen übertragen die Krankheit nicht. Das ist der Grund, warum man in der wissenschaftlichen Literatur zusätzlich zu R den sogenannten Verteilungsfaktor (k) verwendet, der beschreibt wie stark eine Infektionskrankheit zur Bildung von Clustern (Zusammenballungen) neigt. Cluster sind dabei Personengruppen, die bei ähnlichen Aktivitäten in engem Kontakt miteinander agieren. Je kleiner dieser Wert k ist, umso ein größerer Teil der Infektionen wird von einem kleinen Personenkreis verursacht. Bei Covid-19 spielt diese Clusterbildung entsprechen den letzten wissenschaftlichen Erkenntnissen eine riesige Rolle. Etwa 10 % der Infizierten sind für 80 % der Verbreitung verantwortlich. Weltweit fanden sich solche Cluster in Gemeinschaftsunterkünften von Arbeitsmigranten (Singapur 800, Deutschland 600 in der Fleischverarbeitung), Musikveranstaltungen, Chorgesang, Fitnessstudios (Aerobic), Kirchen, Skitorien (Ischgl, St. Anton), Faschingsumzügen, Kreuzfahrt- und Kriegsschiffen, Restaurants, Spitälern, Gefängnissen, Pflegeheimen, Post- und Paketverteilzentren (Inzersdorf/Wien und Hagenbrunn/NÖ) und auch Fußballstadien.

Die große Bedeutung der geschlossenen Räume entsteht dadurch, da das Virus nicht nur durch große Tröpfchen, die beim Husten oder Niesen entstehen verbreitet wird, welche relativ schnell am Boden oder anderen Flächen landen, sondern auch durch feinste Partikel (Aerosole), die bis zu einer halben Stunde in der Luft schweben und sich auch beim Sprechen und Singen aufkonzentrieren und dann in infektiöser Konzentration von vielen Menschen eingeatmet werden können.

Freiluftveranstaltungen führten insgesamt weitaus weniger zu solchen Infektions-Wellen als Veranstaltungen in Innenräumen. Für Covid-19 wurde aus den bisherigen Ausbrüchen ein sehr niedriger k Wert von 0,1 berechnet. Wenn dieser niedrige k-Wert von 0,1 für Covid-19 in den Modellrechnungen weiter bestätigt wird, hätte die hohe Clusterlastigkeit dieser Viruserkrankung jedoch den Vorteil, dass man sich bei der Bekämpfung auf diese Cluster konzentrieren kann. Wie nach einem größeren Feuer muss man auf die Glutnester ach-

ten, die bei entsprechender Isolierung recht schnell erlöschen. Die Ausbreitung endet. Auf zwangsweise Massenimpfungen und die Installation von sicherheitstechnisch problematischen Überwachungs-Apps könnte man dann verzichten.

„Zweite Welle“

Zum Verhindern einer befürchteten „zweiten Welle“ in der kommenden Wintersaison wäre es aber sinnvoll, bei den Hausärzten bei „grippalen Infekten“ einen Test zur Unterscheidung von bakteriellen und Virusinfektionen (kostet etwa 5 Euro) durchzuführen. Liegt eine wahrscheinliche Virusinfektion vor, hat die Entnahme einer Probe zur Analyse auf Covid-19 und Grippe zu erfolgen. Das würde insgesamt hohe Kosten für Antibiotika ersparen gleichzeitig potenzielle Infektionsketten abbrechen und gefährdete Patienten einer angemessenen Behandlung zuführen. Händewaschen, Abstandhalten und die Vermeidung potenzieller Cluster wäre auch dann wieder angebracht und auch gegen die saisonale Grippe sowie andere grippalen Infekte wirksam.



ÖVP-Berater wird Corona-Millionär

„Ein ehemaliger Wahlkampfmanager und Kommunikationsberater der ÖVP-Oberösterreich hat an Corona ziemlich gut verdient: Er verkaufte um 4,5 Millionen Euro OP-Kittel, Schutzmasken und Handschuhe an das Land Oberösterreich. Die Firma, über die der Deal abgewickelt wurde, gründete er erst im April. Erfahrung beim Einkauf von Medizinprodukten hatte er bis dahin keine – dafür gute Kontakte zur ÖVP. Seine Angebote waren bis zu sechs Mal teurer als jene der anderen Anbieter.“

Walter Schnauder ist Kommunikationsberater, zuvor war er Chef des Gemeindegewerks der ÖVP OÖ – bis heute ist er mit der Volkspartei bestens vernetzt. Seine Kontakte haben ihm wohl nicht geschadet, als er einen großen Deal mit dem Land Oberösterreich eingefädelt hat.“ (aus: KONTRAST, 17.6.2020)

Verschärfung der Ungerechtigkeit im Bildungswesen

Am 16. März 2020 schlossen mit einem Schlag alle Schulen in Österreich. Im Angesicht verbreiteter Horrorszenarien (z.B.: der Kurz-Saga, jeder würde mindestens einen Coronatoten in seinem Bekanntenkreis haben) gab es zu diesem Zeitpunkt keine Gegenstimmen zu dieser Maßnahme. Mittlerweile gehen kritische Stimmen davon aus, dass die lange Schließung der Schulen eine überzogene Maßnahme war, ja mehr noch: Die Folgen sind auf lange Sicht eine Katastrophe.

Dass Schule kein Hort der Bildungsgerechtigkeit ist, ist nicht neu und wird regelmäßig seit dem Jahr 2000 durch die Ergebnisse der PISA-Studien untermauert. Was aber in den letzten Monaten passiert ist, wird die Ungerechtigkeit verschärfen. Es ist aber nicht nur einfach passiert. Es ist evident geworden, dass für unsere Bundesregierung Kinder aus unterprivilegierten Schichten (gerne „bildungsfern“ genannt) uninteressant sind.

Von Beginn an war die Hauptsorge, was mit den MaturantInnen passiert. Eine durchaus berechtigte Frage. Was aber mit anderen SchulabgängerInnen passiert, z. B. jenen aus den Polytechnischen Schulen (PTS), war Herrn Minister Faßmann egal. Ein kleines Indiz dafür: Bei seiner ersten Pressekonferenz wurden alle Schulen angeführt, ausgenommen der PTS, jener Schultyp, der einen hohen Anteil an SchülerInnen mit Migrationshintergrund hat und SchülerInnen, deren soziale und finanzielle Lage ihnen eine sorglose Jugend verunmöglichen, deren Eltern nicht die Zeit und die Voraussetzungen haben, sie schulisch zu unterstützen.

LehrerInnen wurden vom Minister aufgefordert auf E-Learning umzusteigen. Von Faßmann wurde dieses Wort wie eine Zauberformel verwendet, die alle Probleme löst. Vielen LehrerInnen – vornehmlich aus den Neuen Mittelschulen und Polytechnischen Schulen - blieb der Mund offen: Wie soll das bewerkstelligt werden? Den SchülerInnen fehlte die notwendige Ausstattung. Allmählich sickerte diese Tatsache auch bis ins Ministerium durch. Faßmann versprach dann vor laufender Fernsehkamera allen SchülerInnen einen Laptop. Tage später stellte sich heraus, diesmal weniger medienwirksam, dass nur die Bundesschulen (Gymnasien, HTL, etc.) – also nicht die Pflichtschulen – gemeint waren. In Wien sprang dann das Land ein, durch diese ministerielle Irreführung jedoch sehr verspätet. Bis dahin war es den LehrerInnen zu verdanken, dass Kinder und Jugendliche mit analogen Materialien bzw. über Smartphones mit Arbeitsaufträgen versorgt wurden.

All das konnte aber nicht verhindern, dass sich durch die Schließung der Schulen die Kluft

zwischen den sozialen Schichten (nicht nur) im Hinblick auf Bildung und Ausbildung vergrößerte. Neben der technischen Ausstattung fehlte Kindern aus benachteiligten Familien mehr: Vater und Mutter können ihnen oft aus sprachlichen Gründen beim Lösen der Aufgaben nicht helfen oder die Eltern sind häufig in den schlecht bezahlten aber sogenannten systemrelevanten Jobs beschäftigt und können daher nicht darauf achten, dass sich ihr Kind den Tag gut strukturieren kann (und womöglich auch Bewegungseinheiten zu Hause einplanen – wie von PsychologInnen empfohlen).

Völlig untergegangen sind in Corona-Zeiten die von Faßmann eingeführten Deutschförderklassen. Sie fanden in keiner Pressekonferenz, in keinem ministeriellen Schreiben Beachtung. Der Herr Minister stellte nie die Frage, wie ein Kind Deutsch lernen soll ohne die Sprache zu sprechen. Zwei Monate Absenz vom Unterricht führen dazu, dass viel Erlerntes wieder vergessen wird. Dennoch bleibt die Dauer dieser Maßnahme auf 2 Jahre beschränkt. Hiermit widerspricht sich der Minister, der ja die Deutschförderklassen als Königsweg des Spracherwerbs dargestellt hat. Ob diese Ignoranz wohl mit der Herkunft dieser SchülerInnen zu tun hat?

Mit dem Wiederhochfahren der Schulen ist die Sache nicht erledigt. Im Gegenteil – die Folgeerscheinungen werden wir auf Jahrzehnte mit uns tragen. Unmittelbar sind wir ab Herbst mit einer rasant angestiegenen Jugendarbeitslosigkeit konfrontiert. Am stärksten davon sind sozial benachteiligte Jugendliche betroffen. Auf Bundesebene werden keine Überlegungen gemacht, wie man darauf reagiert.



Foto Erwin Schuh

Nicht erst jetzt weiß man, dass die Maßnahmen im schulischen Bereich mehr Schaden als Nutzen gebracht haben. Andere europäische Länder haben die Bildungseinrichtungen früher geöffnet und damit dem Umstand Rechnung getragen, dass Schulen nicht nur ein Ort reiner Wissensvermittlung sind, sondern ein Ort, in dem soziale Unterschiede aufgefangen werden können, in dem die Kinder

und Jugendlichen emotionale Bedürfnisse stillen und soziale Kompetenz erlernen.

Warum war die österreichische Regierung bereit, die Kinder diesen hohen Preis zahlen zu lassen?

Abgesehen von der oben beschriebenen Ignoranz gegenüber sozial Benachteiligten kann das Vorgehen des Unterrichtsministers nur als Teil der gesamten türkis/grünen Politik der Panikmache gesehen werden. Viele Maßnahmen waren nicht nachvollziehbar, die Bevölkerung wurde nicht informiert, auf welchen Grundlagen Entscheidungen getroffen wurde. Wir wurden in

Angst und Schrecken versetzt, um allem zuzustimmen. Menschen in Angst sind manipulierbar. Kurz will solche Menschen um seinen Weg einer Orbanisierung Österreichs beschreiten zu können. Eine Zeit lang sah es so aus, als würde es ihm gelingen. Allmählich regt sich aber Zweifel an der Vorgangsweise dieser Regierung und es zeigt sich, wie wichtig kritisches Denken und Widerstand zum Erhalt der österreichischen Demokratie ist.

Bewahren wir uns Gedanken- und Meinungsfreiheit!!

Wäldermord – Völkermord

Die Vorbereitung des Weltunterganges in Brasilien

Der Reichtum des Regenwaldes, der nicht nur für das Weltklima unerlässlich ist, zieht aufgrund seiner Schätze viele Goldsucher, Holzfäller und Viehzüchter an, die den Regenwald durch Rodung, Brände und illegalen Bergbau skrupellos zerstören und im gleichen Atemzug die indigene Bevölkerung ausrotten. Sie dringen in die Tiefen der Wälder vor und zerstören die Landschaft von Grund auf. Durch Roden und Verbrennen hinterlassen sie eine Wüste.

Die indigene Bevölkerung des Regenwaldes ist diesen Angriffen schutzlos ausgeliefert. Zusätzlich ist sie derzeit von einer massiven Verbreitung des Coronavirus gefährdet. Zum Teil sind diese Völker auf Grund ihrer Zurückgezogenheit und der mangelnden Immunität gegenüber eingeschleppten Krankheiten einer tödlichen Bedrohung ausgesetzt. Unter dem Rechtspopulisten Bolsonaro genießen die indigenen Völker keinen ausreichenden Schutz gegen alle Angriffe von außen. Die in Brasilien an sich eingerichteten Schutzorganisationen wurden von Bolsonaro entmachtet, zur Seite geschoben und haben keine Möglichkeit, auf die Einhaltung der Schutzgesetze zu drängen.

- 50 % des Regenwaldes der Erde wurden im 20. Jahrhundert abgeholzt
- 5.260 km² wurden vom August 2019 bis März 2020 abgeholzt, eine Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr
- 800 km² wurden allein im ersten Quartal dieses Jahres gerodet – 51 % mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres
- 6 Sekunden dauert es, bis eine Fläche von der Größe eines Fußballfeldes zerstört ist

Verbrannt, zerstört, vernichtet des Profits willen, durch verbrecherische, rücksichtslose Aktionen,

ohne darauf zu achten, dass damit der gesamten Menschheit die Existenzgrundlage auf Dauer entzogen wird. Folgen davon spüren wir durch die derzeitigen Wetterkapriolen, Stürme, Trockenheit, Überschwemmungen etc. Man braucht kein guter Rechner zu sein, dass es beim gegenwärtigen, erhöhten Abholzungsstempo kein ganzes Jahrhundert dauern wird, bis der gesamte Regenwald tot ist. „Stirbt der Regenwald, stirbt der Mensch!“ sagen alle, die sich verzweifelt gegen den Untergang stemmen und dem Wahnsinn Einhalt gebieten möchten. Oft unter Einsatz des Lebens!



Im Schatten von Corona, das die Weltschlagzeilen beherrscht, ist die Abholzung des Regenwaldes in Brasilien in vollem Gange. So schnell wie seit langem nicht! Normalerweise ist das erste Vierteljahr traditionell das mit der niedrigsten Abholzungsquote, weil da die Regenzeit die Holzfäller für gewöhnlich bremst. Nicht aber in diesem Jahr! Die Regierung Bolsonaro hat die Umweltbehörden während seines ersten Amtsjahres geschwächt, Strafen abgesenkt und Kontrollen herunter gefahren – auch in ausgewiesenen Naturschutzgebieten.

Die Hemmschwelle für Abholzungen ist gesunken! Dem Nationale Rat von Amazonien (Conselho Nacional da Amazonia) wurde das Umweltministerium entzogen und dem Zuständigkeitsbereich von General Hamilton Mourao zugeordnet, dem Vizepräsidenten Bolsonaros. 19 Militärs oder Ex-Militärs gehören nun dem nationalen Amazonasrat an. Die Umweltschutzbehörde Ibama und die Indigenenbehörde Funai hingegen nicht mehr. Es wird nun befürchtet, dass Umweltschutzbelange oder die Ausweitung von Schutzgebieten für Natur und indigene Völker künftig hinter militärstrategischen Überlegungen zurückstehen müssen. Cristiane Mazzetti von Greenpeace Brasilien: „Wir verstehen, dass es eine Priorität in der Bekämpfung der Gesundheitskrise gibt, aber die Umwelt darf nicht vernachlässigt werden. Die kommenden Monate könnten die Situation weiter verstärken. Der Anfang der Trockenzeit ist der Zeitraum, in dem die Brände wieder beginnen. Diese entstünden aber nicht auf natürlichem Wege, sie seien ganz klar menschlichen Ursprungs, um Flächen zu roden!“ Im August letzten Jahres waren tausende Brände gelegt worden.

Das Nationale Institut für Weltraumforschung (INPE, Instituto Nacional de Pesquisas Espaciais), eine bundesstaatliche brasilianische Behörde mit Sitz in der Provinz Sao) hatte damals auf die Brände mit Satellitenbildern aufmerksam gemacht. Mit

dem Effekt, dass Bolsonaro den Chef der Behörde, Ricardo Galvao, aus dem Amt warf.

Nach dem „Erholungseffekt“ von 2003 bis 2010 war es zunächst unter Präsident Lula gelungen, die Waldvernichtung einzudämmen. Unter seiner Nachfolgerin Rousseff bröckelte dieser „Erfolg“. 2012 brachte die Agrarlobby ein wichtiges Waldschutzgesetz den „codigo florestal“ zu Fall. In der Folge stiegen die Abholzungen wieder an. Jetzt unter Bolsonaro haben die illegalen Holzfäller kaum noch Gegenwehr zu befürchten. Niemand scheint dem Desaster Einhalt gebieten zu können bzw. zu wollen!

Inzwischen fordern die Kirchen Brasiliens die Amtsenthebung Bolsonaros! Neben der fahrlässigen Haltung bezüglich der Coronakrise und der Hilfsmaßnahmen für die von der Pandemie betroffenen und in Armut fallenden Brasilianer wird ihm in der Forderung nach Amtsenthebung vor allem vorgeworfen, dass er am 19. April an einer Kundgebung teilgenommen habe, die als Angriff auf die demokratischen Institutionen, insbesondere den Nationalkongress und den Obersten Gerichtshof organisiert war.

Die von Bolsonaro ausgeübten Handlungen verkörpern unter anderem das Verbrechen des Amtsmissbrauchs, sowie den Verstoß gegen das Gesetz über die Nationale Sicherheit.

Biosprit in Brasilien

Nach der Erdölkrise 1974 stellte Brasilien das Biosprit-Projekt auf die Beine. Biosprit = 98%-iger Alkohol und 2 % Wasser. Er wird in Brasilien aus Zuckerrohr durch Gärung und nachfolgender Destillation gewonnen. Inzwischen werden etwa 90% der Autos in Brasilien mit Biosprit betrieben. Die Folgen: Große Flächen fruchtbaren Landes werden der Nahrungsmittelerzeugung entzogen (Bohnen und Soja) und für den Zuckerrohranbau bestimmt.

Das Land wurde zum Teil armen Kleinbauern weggenommen, die somit landlos werden, was Hunger für Zehntausende bedeutet. Außerdem werden die Rinderzüchter am Rande des Regenwaldes von ihren Weideflächen verdrängt, damit diese für Zuckerrohr genützt werden können. Was die Rinderzüchter wieder weiter in den Regenwald drängt, der der Rodung zum Opfer fällt. Eine Unglückskette! Das Nächste: Die Zuckerrohrernte erfolgt händisch

und ist eine erbärmliche Schinderei, die gering entlohnt wird, wobei auch Kinder dazu herangezogen werden! Beim destillieren des Zuckerrohrs sind nur 10 % der Maische Alkohol. Der Rest ist Abfall, der in die umliegenden Flüsse abgelassen wird. Dadurch wurden die reichen Fischbestände ausgerottet. Die an den Ufern der Flüsse lebenden Fischer wurden arbeits- und daher auch brotlos und drängen in die Slums der Großstädte.

Dann folgt die nächste Umweltkatastrophe: Alkohol wird bei vollständiger Verbrennung zu Kohlendioxyd und Wasser. Im Motor verbrennt der Alkohol nicht vollständig und viele giftige Substanzen werden in die Luft geblasen. Einige diese Gifte sind: Acetaldehyd, Formaldehyd, polycyclische aromatische Kohlenwasserstoffe. Es ist noch nicht bekannt, welche weiteren Substanzen durch das Sonnenlicht entstehen. Die Menschen in den brasilianischen Städten klagen über ständig tränende Augen und nicht heilende Mundentzündungen. (Quelle: Wüstenkurier)

Klimawandel: Hitzewellen in Österreich fordern schon jetzt 500 zusätzliche Todesopfer im Jahr!

Geschieht nichts gegen den Klimawandel, werden bis 2070 3,5 Mrd. Menschen auf der Erde in heißen Zonen mit +29 Grad Celsius Jahresmitteltemperatur leben. Für Umweltmediziner Hans-Peter-Hutter ist es höchste Zeit zu handeln! Die zusätzlichen Kosten des Klimawandels für unser Gesundheitssystem werden bis 2030 mit jährlich 2,3 Mrd. Euro beziffert. Bis 2050 ist mit einem Anstieg auf 5,7 Mrd. Euro jährlich zu rechnen. Doch jetzt hat die Regierung gerade einmal „grüne“ Investitionen in Höhe von nur 1% der Wirtschaftsleistung Österreichs beschlossen. (Quellen: UNO-Weltklimarat, ORF, Momentum Institut, Wr. Zeitung, 5.+18.6.2020)

Corona-Virus als Vorwand

USA attackieren China noch mehr

Die einzig verbliebene Supermacht der Erde, die USA, attackiert heute China heftiger denn je: China sei schuld, dass sich das Covid19 Virus so stark in den USA ausgebreitet habe und es so viele Virus-Erkrankte und Tote im Land gibt. China habe die USA nicht rechtzeitig gewarnt usw. Dabei hat das chinesische Ärzteteam von Peng Zhou schon am 07. Januar 2020 das vollständig definierte Genom des verursachenden Virus an die Welt weitergegeben, damit so schnell wie möglich weltweit Test-Kits entwickelt, eine Impfung erforscht und monoklonale Antikörper hergestellt werden können. Das selbe Team hatte schon im März 2019(!) vor einer Corona-Pandemie gewarnt, dass „u.a. aufgrund der Biologie der Corona-Viren in den Fledermäusen („bat“) in China vorausgesagt werden kann, dass es in Kürze eine erneute Corona-Pandemie geben werde. Mit Sicherheit! Man könne nur nicht genau sagen wann und wo, aber China werde der hot-spot sein.“ (Quelle: Dr. P.R. Vogt: <https://www.mittellaendische.ch/2020/04/07/covid-19-eine-zwischenbilanz-oder-eine-analyse-der-moral-der-medizinischen-fakten-sowie-der-aktuellen-und-zukünftigen-politischen-entscheidungen/>)

Worum geht es?

Die USA benutzen die Covid19 Pandemie um vor dem eigenen Versagen abzulenken: Eines der reichsten Länder der Welt stellt seiner Bevölkerung kein ausreichendes Gesundheitswesen bereit, Millionen Amerikaner leben unter der Armutsgrenze, ca. 27% der Amerikaner haben keine Krankenversicherung usw. China soll Trump als Sündenbock dienen und damit will er u.a. von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der USA ablenken, ablenken von der extremen Ungleichheit in den USA, wo 630 Milliardäre einem großen Teil der Bevölkerung gegenüberstehen, die tagtäglich Existenzsorgen hat und wo Krankheit oft Arbeitsplatzverlust und Armut bedeuten. Trump will auch besonders davon ablenken, dass die USA schon seit vielen Jahren „Krieg“ gegen China führte und führt!

China, neben der EU, der wirtschaftlich stärkste Konkurrent der USA, hat diese seit 2019, gemessen an dem Bruttoinlandsprodukt nach Kaufkraft, wirtschaftlich schon überflügelt. Trump hat seit seinem Amtsantritt China mit immer weiteren Handelsbeschränkungen überzogen. Die USA führt nicht nur einen immer schärferen Handelskrieg gegen China.

Die USA, mit einem Rüstungsbudget von ca. 1300 Milliarden Dollar pro Jahr (Kriegskosten und

Folgekosten), hat auch schon seit 20 Jahren Pläne, China wirtschaftlich und militärisch zu schwächen und militärisch einzukreisen und setzt diese auch seit langen um. Bill Clintons Verteidigungsminister William Cohen sagte schon im Jahr 2000, dass „die US-Truppen in Südkorea primär zur Eindämmung Chinas vor Ort“ da seien, ähnlich Georg Bushs Aussage im Jahr 2001, dass China für ihn „...strategischer Konkurrent“ ist. US-Außenministerin Hilary Clinton erklärte 2011, dass Amerika für die nächsten 60 Jahre in der asiatisch-pazifischen Region präsent und dominant bleiben werde.

2012 verfügte allein die US-Pazifik-Flotte über insgesamt 140.000 Soldaten, 180 Kriegsschiffe und 2.000 Flugzeuge. Die 7. Flotte im Pazifik ist mit den meisten Atomraketen bestückt! Im Oktober 2012 sagte Obamas Verteidigungsminister R. Panetta, dass bis 2020 die Mehrheit (60%) der US- Seestreitkräfte im Asien-Pazifik Raum stationiert sein werden. Das beinhaltet 6 Flugzeugträger, die Mehrheit der Kreuzer, Zerstörer, Kriegsschiffe für küstennahe Gefechtsführung und U-Boote. Seit Jahren machen die USA in der Region Militärmanöver, wobei die Seestreitkräfte von Luftstreitkräften und Landstreitkräften (Armee) begleitet werden. Die meisten dieser Manöver werden gemeinsam mit Verbündeten der USA in der Region abgehalten. Außer Nordkorea ist fast jeder andere Staat in der Region entweder offizieller Verbündeter der USA wie Japan, Südkorea, Philippinen und Australien oder ein US-Klientel-Staat wie Taiwan Singapur, Malaysia, Pakistan, Afghanistan oder Kirgisien.

Die USA lassen also seit ca. 20 Jahren keinen Zweifel daran, dass sie die wirtschaftliche Erstarbung Chinas mit allen, auch mit militärischen Mitteln, stoppen wollen. Die USA bekämpfen alle Staaten, die nicht ihrem Einfluss unterliegen (vorrangig China, Russland und Iran), sie bekriegen sie und versuchen sie niederzuringen. In ihrem Herrschaftsstreben im Kampf um Einflussphären, Absatzmärkte, Rohstoffquellen sind sie des Profits willen bereit, jeden Krieg, auch einen großen Krieg in Kauf zu nehmen. Sie brauchen für ihre Kriege Bedrohungsszenarien bzw. Feindbilder, um die hunderten Milliarden an Kriegskosten bzw. Folgekosten aus Steuern zu finanzieren, die Soldaten zu motivieren und leichter Verbündete für ihre Herrschaftspläne zu gewinnen. Unter dem Vorwand, sich gegen Schurkenstaaten, Diktatoren einzusetzen, unter dem Vorwand, sich für die Verteidigung der freien Welt und westliche Werte bzw. Menschenrechte

einzusetzen, soll jedes Regime, das sich den US-Plänen widersetzt, liquidiert werden.

Die Konkurrenz zwischen den USA und den europäischen Großmächten nimmt ebenfalls zu. Die USA wollen Europa, vor allem den stärksten Konkurrenten Deutschland, in ihre Kriege ziehen, vor allem gegen Russland. Wieder sollen die europäischen Völker für fremde Großmachtinteressen in den Krieg ziehen. Deutschlands

Führung geht einerseits mit den USA in der NATO konform und andererseits will es in der EU bzw. auch in Afrika mit Frankreich seine eigenen imperialen Interessen verfolgen.

Und was macht Österreich? Statt Österreichs Neutralität und Selbstständigkeit zu wahren, wollen die Regierenden unser Land vor allem an die deutschen Wirtschafts- und Militärinteressen im Rahmen der EU anschließen.

« Die Kunst des Krieges »

Die bewaffnete NATO "bekämpft das Coronavirus"

von Manlio Dinucci , Voltaire Netzwerk | Rom (Italien) | 13. April 2020

Die 30 NATO-Außenminister (Luigi Di Maio für Italien) kamen am 2. April per Videokonferenz zusammen und beauftragten US-General Tod Wolters, den Obersten Alliierten Befehlshaber in Europa, "die notwendige militärische Unterstützung zur Bekämpfung der Coronavirus-Krise zu koordinieren". Es ist derselbe General, der am 25. Februar im Senat der Vereinigten Staaten erklärte, dass "die Nuklearstreitkräfte jede militärische Operation der USA in Europa unterstützen" und "ich bin ein Fan einer flexiblen Politik des Ersteinsatzes" von Kernwaffen, d.h. eines nuklearen Überraschungsangriffs. General Wolters ist der Oberbefehlshaber der NATO als Leiter des Europäischen Kommandos der Vereinigten Staaten. Er ist somit Teil der Befehlskette des Pentagons, die absolute Priorität hat. Seine strengen Regeln werden durch eine jüngste Episode bestätigt: Der Kommandant des Flugzeugträgers Roosevelt, Brett Crozier, wurde seines Kommandos enthoben, weil er angesichts der Ausbreitung des Coronavirus an Bord gegen die militärische Geheimhaltung verstieß, indem er Hilfsgüter forderte. Um die "Coronavirus-Krise zu bekämpfen", hat General Wolters "für militärische Flüge schnellste Wege durch den europäischen Luftraum geschaffen", während zivile Flüge fast verschwunden sind. Die schnellsten Wege werden auch von den strategischen US-Bombern B2-Spirit für Nuklearangriffe genutzt: Am 20. März starteten sie vom englischen Fairford aus und flogen zusammen mit norwegischen F-16-Kampfflugzeugen in die Arktis in Richtung russisches Territorium. Auf diese Weise - so erklärt General Basham, stellvertretender Kommandeur der US-Luftwaffe in Europa - "können wir schnell und effektiv auf Bedrohungen in der Region reagieren und unsere Entschlossenheit demonstrieren, unsere Kampfkraft überall auf der Welt einzusetzen".... <https://www.voltairenet.org/article209709.html>

65 Jahre Staatsvertrag



Freiheit – Unabhängigkeit – Neutralität! Gegen Faschismus und Krieg!

Für ein neutrales, unabhängiges und demokratisches Österreich!

Ja zur Neutralität und Sozialstaat!

Klimaschutz statt Profitschutz – Sozialwirtschaft statt Profitwirtschaft!

Mit diesen Losungen traten wir sowohl am 1. Mai am Ring in Wien als auch bei unserer Kundgebung am 15. Mai beim Museumsquartier in Wien anlässlich des 65. Jahrestages der Unterzeichnung des Staatsvertrages öffentlich auf. Flugblatt und Hintergrundinformation dazu siehe auf unsere Website: www.atomgegner.at

*

Ab 1. Juli 2020 werden 600 österreichische Soldaten für die EU-Battlegroups vom Bundesheer zur Verfügung gestellt. Sie sollen auf Abruf für EU-Kriegseinsätze bereitstehen. Das ist neutralitätswidrig und Verfassungsbruch. Deshalb beteiligen wir uns an einer Protestdemo und laden alle dazu herzlich ein, uns dabei im Sinne der Unabhängigkeit und Neutralität Österreichs zu unterstützen!

KOMMT ZUR PROTESTKUNDGEBUNG

JA zu Frieden und Neutralität – NEIN zu den EU-Battlegroups und zu EU-PESCO

**Samstag 27. Juni 2020, 14.00 Uhr
Wien, Oper**

Die Masken fallen I

Im Zuge der Corona-Pandemie hat sich die Türkis-Grüne Regierung, allen voran Bundeskanzler Kurz, unter tatkräftiger Schützenhilfe der meisten Zeitungen und des ORF als Retter der Nation, der Alten und Gebrechlichen, inszeniert.



Cartoon: © Karl Berger

Schon während der Akutphase und besonders jetzt, wo immer mehr Details im Nachhinein bekannt werden, kommt heraus, dass die Regierung zu spät, zu chaotisch, intransparent, sich allwissend und besserwisserisch gebend, von oben herab, mit Ablenkung von eigenen gravierenden Fehlern und Unterlassungen (Stichwort Ischgl), bewusste Angstmache, Falschmeldungen über Verbotenes und Erlaubtes, unter offener Verhöhnung von Rechtsstaat, Justiz, Parlament und Demokratie ziemlich autoritär handelte. Zuge deckt wurde das mit der gebetsmühlenartig fast täglich auf Pressekonferenzen wiederholten Floskel, dass allen geholfen werde. Wie war das wirklich? Einige Beispiele:

Tests

Getestet wird nicht dort, wo es zuallererst notwendig gewesen wäre, bei Ärzten, beim Krankenhaus- und Pflegepersonal, in den Senioren- und Pflegeeinrichtungen, oder beim Personal in Supermärkten, im Handel, bei der Post. Getestet wurde und wird erst dann, wenn etwas passiert wie in den Post-Verteilzentren oder jetzt, wo es ums Geschäft für die stark lobbyierende Tourismuswirt-

schaft geht, da sollen schnell 65.000 Beschäftigte getestet werden.

Schutz

Für Ärzte, Spitals- und Pflegepersonal, für alle arbeitenden Menschen, die nicht ins Homeoffice konnten wie Arbeitende in der Produktion, der öffent-

lichen Versorgung, der Reinigung, am Bau, in Handel, Verkehr, Landwirtschaft gab es praktisch zunächst keinen Schutz, sie mussten wochenlang ohne die notwendigen Mittel, Ausrüstung und Selbstschutz arbeiten, damit Gesundheitssystem und Versorgung der Menschen in Österreich nicht zusammenbrechen.

Alte Menschen

Alte Menschen wurden zuerst von Kurz und den Medien zu Corona-Gefährdeten erklärt, auf die alle Rücksicht nehmen sollen – „wegen“ ihnen seien die Corona-Ausnahmemaßnahmen notwendig geworden.

Aber jetzt werden alte Menschen zunehmend zu „Gefährdern“ abgestempelt, „wegen“ derer die Jungen ihrer Chancen beraubt würden, weil die Wirtschaft nicht früher hochgefahren werden konnte und vielleicht bei einer 2. Corona-Welle wieder heruntergefahren werden müsste. Dann müsse man eben die alten Menschen „isolieren“, damit die anderen ungefährdet leben könnten.

Widerlich forderte ein Wirtschaftsredakteur sogar, dass die Pensionist*innen mit ihren gesicherten Pensionen doch gefälligst zu Hause bleiben sollen, „sonst wird man über bestimmte Ausgehzeiten nachdenken

müssen“ (Kurier, 9.4.2020). Alte Menschen also einsperren und abkassieren?

Hilfen: Ankündigungen helfen nicht

Zuallererst wurde von Türkis-Grün das Epidemiegesetz 1950 außer Kraft gesetzt – es hätte genau für solche Pandemien wie es Covid-19 eine ist, Entschädigungszahlungen gegeben.

Dann wurde fast genauso oft und wie die Verkündung der „Corona-Zahlen“ durch die aufmarschierenden Minister und Kanzler Kurz jede einzelne geplante Hilfsmaßnahme öffentlichkeitswirksam angekündigt.

Doch von den bis jetzt in Summe angekündigten 38 bis 46 Mrd. Euro Hilfe (Direktzahlungen, Kredithilfen usw.) waren Mitte Mai z.B. von den für die Finanzierung der Kurzarbeit (1,3 Mio. Menschen sind von den Firmen dazu angemeldet) vorgesehenen 12 Mrd. Euro erst knapp 0,5 Mrd. Euro an die Firmen ausbezahlt.

Gleichzeitig gab es bis Mitte Mai bei Kontrollen zur Kurzarbeit in jedem 4. Betrieb Missstände, Millionenbetrag von Unternehmern wird befürchtet (KronenZeitung, 10.5.2020).

Die 1,3 Mio. Kurzarbeiter*innen erhalten um 10 bis 20 Prozent weniger Lohn oder Gehalt. Zu den schon 400.000 Arbeitslosen kamen in den ersten zwei Wochen des Ausnahmezustandes 200.000 Menschen dazu, die gleich gekündigt wurden. Sie verlieren fast die Hälfte ihres Einkommens.

Das heißt, rund die Hälfte (!) aller unselbständig Erwerbstätigen sind dzt. arbeitslos oder in Kurzarbeit und von Arbeitslosigkeit bedroht.

Wirtschaftsexpert*innen gehen davon aus, dass die überwiegende Zahl der neuen Arbeitslosen im Zuge der Corona-Maßnahmen sehr lange nicht oder überhaupt nicht mehr in einen Job kommen werden.

Die mit der Regierung abgestimmte jüngste Sozialpartnervereinbarung zwischen Wirtschaftskammer und AK/ÖGB für die Verlängerung der Kurzarbeit um 3 Monate bis Ende September ermöglicht den Firmen auf die einmonatige Behaltefrist nach Ende der Kurzarbeit zu verzichten.

Zwar wurde die Notstandshilfe befristet bis zum Jahresende 2020 auf die Höhe des Arbeitslosengeldes angehoben, doch wie soll man da Einkauf, Miete, andere laufende fixe Lebenskosten bezahlen? Bei der Forderung von SPÖ, AK, ÖGB und vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen, das Arbeitslosengeld von derzeit 55% auf 70% oder 80% des Nettogehalts bzw. Nettolohns zu erhöhen, stellt sich die Regierung taub.

Viele Familien warten bis heute auf die ihnen versprochene Härtehilfe. Freiberufler, „Neue Selbständige“, Einpersonen-Unternehmen (EPU) – zusammen rund 300.000 Menschen – haben lange nichts oder dann nur 500 Euro aus dem vielpropagierten Härtefonds erhalten.

Zweierlei Maß

Wir hörten, dass wir uns alle an die Corona-Schutzmaßnahmen halten müssen und wurden im Falle der Nichtbefolgung mit hohen Strafen bedroht. Doch wer hält sich nicht daran?

Zum Beispiel der Bundeskanzler beim Besuch im Kleinwalsertal in Vorarlberg samt dort versammelten Bürgermeister und Landeshauptmann: kaum Masken, wenig bis kein Abstandhalten.

Der Bundespräsident vergisst auf die Sperrstunde in einem Schanigarten.

Eine Party wird in einem Promi-Szenelokal des Kurz-Freundes Martin Ho entgegen den Corona-Regelungen abgehalten.

In Tirol wurden nicht nur die Warnungen aus Skandinavien und Deutschland wegen Ischgl als Corona-Hoch-Infektionsherd missachtet, auch Informationen der Bundesregierung wurden ignoriert.

Längst nach Abklingen der Corona-Neuinfektionen wird Wien von der Regierung als Infektionsherd kritisiert, während Bundeskanzler Kurz in Deutschland Ischgl verharmlost,

Italiener in München als Corona-Verbreiter in Europa ausmacht.

Ausländische Jagdpächter in Tirol wurden zu „Pendlern“ erklärt, damit sie nicht in Quarantäne müssen. Und vieles mehr.

„Corona-Demokratie“: Demokratie ist, was die Regierung bestimmt



Regierung und Konzerne wollen uns die in akuten Zeiten des Virus sinnvolle „räumliche Distanz“ auf Dauer als „soziale Distanz“ im Namen von Gesundheitsschutz verordnen: mit noch mehr Überwachung (Corona-App), Demokratieabbau, willkürlicher Einschränkung von Freiheits-, Versammlungs-, Arbeits- und sogar Wahlrechten. So wurden Betriebsratswahlen bei den Firmen Anton Paar GmbH in Graz oder Schiebel GmbH wegen der Corona-Virus-Maßnahmen gerichtlich vorerst untersagt. Die Gemeinderatswahlen in Vorarlberg und der Steiermark wurden verschoben. Die NÖ-Landarbeiterkammerwahl wurde ganz abgesagt und ein Wahlergebnis in schwarz-roter Päckelei einfach per Dekret diktiert.

So wird ein politischer Rechtsruck im Gewand von „Corona-Schutz“ durchgezogen. Die ebenso rechte FPÖ – man erinnere sich an Kickl als Innenminister mit seinen Überwachungstotalitarismus – stellt sich auf einmal als Gralshüterin der Freiheit hin. In Wirklichkeit wetteifern die in der autoritären Tradition eines Austrofaschisten Dollfuß stehenden Türkisen rund um Kurz, Blümel, Nehammer, Wöginger, Tanner und Co mit den in der Tradition der deutschnationalen Faschisten stehenden Blauen: Wer ist der „Härtere“, wer schickt mehr Polizei und Militär auf die Straße – und vielleicht sogar

in die Wohnzimmer, wie der dann zurückgezogene „Ostererlass“ erlaubt hätte.

Weder noch mehr Polizei, oder noch mehr Militär schützt gegen die Corona-Pandemie, sondern nur eine vorausschauende, ausreichend finanzierte demokratische Sozial- und Gesundheitspolitik!

Wir sollen das alles unwidersprochen hinnehmen und vor allem gleichzeitig brav kaufen und weiter hackeln, mit weniger Geld und unter erschwerten Arbeitsbedingungen mit noch weniger Arbeitsrechten, mit Deregulierung und Flexibilisierung wie es Kurz angekündigt hat als Voraussetzung für das „Wiederauferstehen“ in der „neuen Normalität“.

Kurz und Kogler verordnen uns die gesteigerte Form eines uralten Verkaufsslogans: Kusch und kauf! Das nutzt Industriellenvereinigung, Wirtschaftskammer, Unternehmern, Konzernen, der FPÖ und politisch noch weiter rechts stehenden Kreisen.

„Corona-Demokratie“ befördert die Rechtsextremen

Die Menschen haben im Zuge der Corona-Maßnahmen gesehen, wie schnell und ohne Diskussion oder parlamentarischer oder demokratischer Kontrolle per Verordnungen und Erlässen über Nacht, oft unverständlich, übermäßig, einseitig für bestimmte Lobbys von oben herab Maßnahmen gesetzt wurden. Es wurden die Freiheits- und Versammlungsrechte massiv einschränkt bzw. ausgesetzt. Medien wurden praktisch gleichschaltet, Polizei und Militärpräsenz erhöht, hart und hoch gestraft, usw.

Diese „Coronapolitik“ wie sie auch bei uns von Kurz-Kogler umgesetzt wird, spielt den Rechtsextremen und Faschisten überall in Europa in die Hände. Schon jetzt, im Zuge der Covid-19-Pandemie haben sich viele rechte und rechtsextreme Gruppierungen in, um und rechts von FPÖ und AfD als „Hüter der Demokratie“ gegen die „Kurz-Diktatur“, gegen die „Merkel-Diktatur“ bemerkbar gemacht. Sie wollen den berechtigten Unmut der Menschen in ihre parteipolitischen Bahnen lenken.

Eigentlich setzt die Türkis-Grüne Regierung Maßnahmen, welche die FPÖ, AfD, Identitären und andere Rechte sonst gerne selbst machen gegen Andersdenkende. Wenn sie aber nicht an der Macht sind, kritisieren sie das. Die parlamentarische wie die

außerparlamentarische politische Rechte streitet sich nur um die Macht mit den Konservativen, den Regierungs-Rechten, wer der „bessere Diktator“ ist. Die wirklichen Anliegen der arbeitenden Menschen sind ihnen egal und zuwider, wie man ja bei der

FPÖ unter Türkis-Blau zuletzt auch gesehen hat: Kürzung der Mindestsicherung, Enteignung der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten, 12-Stunden-Tag, 60-Stunden-Woche und vieles mehr im Interesse der Industrie.

Die Masken fallen II

Die Beweggründe und die politischen Langzeitfolgen zum Schaden der Bevölkerung

Jetzt, wo die Masken fallen, sieht man zunehmend deutlicher die Beweggründe und die zum Teil gewollten politischen Langzeitfolgen zum Schaden der gesamten Bevölkerung: Angst, Überwachung (App), Gewöhnung an massiven Polizei- und Militäreinsatz, säen von Misstrauen, Spaltung zwischen Jung und Alt und vor allem Milliardenhilfen für die Wirtschaft und die Ankündigung von harten Einschnitten (siehe Laudamotion und AUA) bei Beschäftigten, und drohende Massenarbeitslosigkeit im Namen von Corona. Dazu die lächerliche Einmalzahlung von 450 Euro für Arbeitslose mit der zynischen Bemerkung des Bundeskanzlers, damit sich Arbeitssuche auszahle. Oder die Ankündigung von Umschulungen, wo doch überall die Unternehmer Beschäftigung reduzieren, derzeit 500.000 Arbeitslose auf 50.000 offene Stellen kommen. Und wie zum Hohn erhalten gleichzeitig BauernpensionistInnen, die von Corona gar nicht wirtschaftlich betroffen sind, auf Dauer 450 Euro rückwirkend ab 1.1.2020!

Corona kommt den Regierenden in Industrie und Politik gelegen. So wollen sie die spätestens seit dem Kollaps der Finanzspekulationen 2008 ausgelöste und sich weiter verschärfende Wirtschaftskrise als Folge der Corona-Pandemie, als „Coronakrise“ hinstellen.

Machtübernahme durch das Virus?

„Machtübernahme durch das Virus“, „Corona ist international ein brutaler ‚Gamechanger‘, der eine Neubewertung aller Systeme erforderlich macht“, schreibt der „Kurier“ (Leitartikel, 10.5. und 16.5. 2020). Damit verbreitet er wie auch andere Medien, was Kurz schon Ende April angekündigt hat: In Österreich soll in Zukunft auf „Deregulierung und

Digitalisierung“ gesetzt werden (Kurier, 28.4.2020).

Martina Salomon, Chefredakteurin des Kurier (Aufsichtsratsvorsitzender der Zeitung ist Erwin Hameseder, seines Zeichens Raiffeisenboss und Bundesheer-Miliz-Chef) legt dann so richtig los: Man habe durch Corona gesehen, „wie viel Nachholbedarf man in Sachen Digitalisierung“ habe. Man habe durch Homeoffice gesehen, „um wieviel effizienter ein Betrieb zu organisieren ist“, weshalb jetzt Corona-Arbeitslose und Corona-Kurzarbeiter „nicht mehr in ihre früheren Jobs zurückkehren können“ (andere Jobs wird es kaum geben, Anm. d. Red.), weil sich die Firmen die Lohnkosten schlicht nicht mehr leisten können oder wollen (Unterstreichung durch die Red). Und weil im Windschatten der Krise die Trennung von Mitarbeitern, die schon länger nicht mehr den Ansprüchen gerecht wurden, leichter fällt.“ (Kurier, 10.5.2020).



Umdeutung der Wirklichkeit

Wir sollen glauben gemacht werden, dass das alles nur wegen des Schutzes unserer Gesundheit und unseres Lebens vor dem Virus geschieht und geschehen muss. Diese Umdeutung bringt viele Vorteile für die Herrschenden: Nicht die Absicherung der sinkenden Profite wegen der Über-, Wegwerf- und Zerstörungsproduktion der kapitalistischen Profitwirtschaft sind Schuld an

der jetzt drohenden Massenarbeitslosigkeit samt akuter Bedrohung der Existenzgrundlagen für Millionen von Menschen, sondern Corona, will man uns einreden.

Am Kern, der zerstörerischen Profitwirtschaft, soll sich nichts ändern. Noch mehr, sie soll durch einen immer autoritärer werdenden Staat immer aggressiver abgesichert werden. Das ist ein massiver Angriff auf die Lebensgrundlagen, Rechte und Freiheiten der arbeitenden Menschen im „Virus-Schutz-Mantel“.

Führt die von Kurz angekündigte „neue Normalität“ zu mehr Schutz, zu mehr Vorsorge im Gesundheitssystem, zu mehr Gesundheit in der Bevölkerung durch weniger Stress und Armutsgefährdung, zu weniger Hitzetoten infolge des Klimawandels, zu weniger Atomunfällen, zu weniger Toten durch Kriege, zu weniger Hungertoten infolge der Ungleichverteilung auf der Welt?

Soll etwas an den Grundlagen des bisherigen Wirtschaftens geändert werden oder doch nicht? Man weiß ja längst, dass die massenhafte Herstellung minderwertiger, kurzlebiger Produkte unter menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen quer über die Welt, Globalisierung und Verkehr, Massentierhaltung, Waldrodungen, weltumfassende Agrarkonzerne, Multis, Rüstungskonzerne, rasante Bodenversiegelung, immer mehr städtische Zusammenballungen usw., Natur, Umwelt, Landwirtschaft, Klima, Tier und Mensch bedrohen.

Nach den Plänen der Regierung sollen wir in Bezug auf Pandemien wie schon bei anderen durch die Profitwirtschaft heraufbeschworenen Bedrohungen wie Blackouts, Atom-Super-GAU, Starkregen, Überflu-

tungen, Felsstürze, Trockenheit, Hunger, Kriege usw. an das „Unvermeidliche“ gewöhnt werden.

Wir sollen an die immer größer werdende Unmenschlichkeit dieser Art des die Menschen und die Natur ausbeutenden Wirtschaftens „angepasst“ werden. Und sind wir nicht willig, dann sollen wir mit Angst und Schrecken, mit Überwachung und Diktat dazu gebracht werden oder „isoliert“ werden.

Deshalb sagte Kanzler Kurz vor Ostern, nachdem damals intern bereits klar war, dass die Corona-Infektionen schon seit 4 Wochen, also noch vor dem Beginn der Ausnahmeregelungen zurückgingen: „Es wird 100.000 Tote geben. Jeder wird jemanden kennen, der einen Corona-Toten zu beklagen hat“.

Was war dann der Zweck der Übung, wozu sollten wir gebracht werden, wenn die Gefahr im Sinken war? Gehorchen und im Namen von „Schutz vor dem Corona-Virus“ die sich bereits lange vor Corona abzeichnenden negativen Auswirkungen der Wirtschaftskrise schlucken, weil es wegen der „Rettung von Menschenleben“ und zum „Schutz der Alten“ nicht anders gehe. Klar, wer will da noch etwas dagegen sagen?

Kurz und viele andere Regierungen habe die Gelegenheit genutzt, sozusagen einen Feldversuch der „demokratischen Diktatur“ durchzuprobieren.

Die Wirtschaft ist heilig ...

... nicht nur in Tirol. Die Corona-Toten waren und sind den jeweils Herrschenden so brutal das klingt, nur begrenzt wichtig. Wenn das Gesundheitssystem zusammenbricht, schieben sich die verschiedenen Ebenen gegenseitig die Schuld zu:

Die Wirtschaft dem Staat, der Bund den Ländern, die Länder dem Bund. Die Wirtschaft ist unantastbar, die wird nicht kritisiert. In Ischgl z.B. ist niemand schuld. Mit den Toten wird da wie dort abscheuliche, menschenverachtende Politik gemacht. Hauptsache das Geschäft geht weiter.

Der Kabarettist Niavarani bringt es auf den Punkt: „... *ist es nicht trotzdem erstaunlich an der ganzen Situation, dass die Wirtschaft zugrunde geht wenn die Menschheit 8 Wochen lang sich nur das kauft, was sie wirklich braucht? Ist doch arg, oder? 8 Wochen lang nur Lebensmittel gekauft und was man ganz dringend braucht und die Wirtschaft geht zugrunde ...*“ (ORF, 8.5.2020, Was gibt es Neues?)

Genau, so eine Wirtschaft brauchen wir nicht. Diese ist nur Selbstzweck zur Profitmaximierung!

Corona: Vorwand für Vieles

International wird Corona auch von Kurz als Vorwand genommen, wirtschaftliche Konkurrenten im Namen des Virus schlechtzumachen und zu bekämpfen (z. B. China). Gleichzeitig biedert sich Kurz an die USA an und will Österreich noch mehr an Deutschland anbinden.

Etwa beim Nachgeben bei der AUA. Das ist im Interesse der deutschen Lufthansa, nicht Österreichs. Das hat schon einmal nicht der AUA, nicht dem Flughafen Wien und schon gar nicht der AUA-Belegschaft genutzt.

Oder bei der Durchtestung des gesamten österreichischen Tourismuspersonals (65.000) um 5,3 Mio. Euro pro Woche auf Staatskosten. Nur auf die Hoffnung hin, dass damit die deutschen Gäste kommen, werden Beschäftigte fast wie Vieh dem Gast als gesund vorgeführt. Und wer testet

die Gäste, die dürfen die Angestellten „gefährden“? Das Polit-Hick-Hack zwischen Kurz und Merkel soll von diesem Ausverkauf an Deutschland ablenken.

Kurz kritisiert zwar die EU-Corona-Finanzierung, weil er seine FPÖ-Wähler bei der Stange halten will. Gleichzeitig gibt sich seine Wirtschaftsministerin Schramböck in Bezug auf China als stramme „Europäerin“. Auch im Namen von Corona verlangt sie ein Gesetz gegen den Ausverkauf – natürlich nur bei Ausverkäufen an China und nennt dabei z.B. die Schutzmaskenproduktion. Der Ausverkauf österreichischer Firmen an andere Länder in Europa, also z.B. an Deutschland, die USA oder andere Investoren, ist für sie kein Problem.

Treiber für diese „Corona“-Politik, also einer neo-absolutistisch-neo-autoritären Politik im Interesse der Profite vor allem der großen Industrie-, (Luft-)Verkehrs-, Pharma- und Digitalkonzerne (Facebook, Amazon) in der Regierung waren und sind die Türkis-Schwarzen, direkte Hand-langer sind die Grünen.

Die Opposition, vor allem die SPÖ, stimmte aus Staatsräson und aus Angst, von Kurz für Corona-Tote verantwortlich gemacht zu werden, den Sondergesetzen zu, um dann von Kurz erst recht vorgeführt zu werden. So hebelte die Türkis-Grüne Regierung gezielt das Epidemiegesetz 1950 aus, das einen verpflichtenden Entschädigungsanspruch des Staates vorgesehen hätte.

Damit wurde jede/r zum Bittsteller gemacht. Und die Regierung stellt sich fast jeden Tag mit neuen Ankündigungen von „Hilfspaketen“ als spendabler Retter der Nation hin.

Die Masken fallen III

Vom neo-liberalen Casino-Kapitalismus zum neo-autoritären Corona-Kapitalismus

In den letzten 40 Jahren wurde der von den arbeitenden Menschen nach dem 2. Weltkrieg aufgebaute Sozialstaat Stück um Stück angegriffen, geschwächt, abgebaut, letztlich mit dem Ziel, den Sozialstaat ganz zu zerstören. Gemäß dem uralt-kapi-

talistischen Programm des Neo-Liberalismus wird dabei behauptet, dass der Sozialstaat unfinanzierbar sei. Unter dem Schlachtruf: „Weniger Staat, mehr Privat“ wurde und wird mehr Einkommen und Wohlstand für alle versprochen.

Gekommen ist gerade das Gegenteil. In Österreich waren und sind Industrie, Konzerne, Finanzwirtschaft und ihre direkten Vertreter, Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung, ÖVP, FPÖ, und seit ein paar Jahren NEOS, die aktiven

Umsetzer dieser Politik. Schon als Vorleistung zum EU-Beitritt und erst recht dann nach dem EU-Beitritt aufgrund der neoliberalen EU-Vorgaben (z.B. Maastricht 1999, Fiskalpakt 2012 usw.) wurde „liberalisiert“, d.h. privatisiert und ausverkauft (z.B. Verstaatlichte Betriebe, Post, Telekom, Tabak Austria, usw.), wurden „Sparpakete“ und „Reformen“ mit Kürzungen bei Pensionen, Gesundheitsausgaben, Krankenkassen usw. auf Kosten der arbeitenden Menschen umgesetzt.

Wo die SPÖ in Regierungen vertreten war, hat sie diese neoliberale Politik selbst vorangetrieben bzw. mitgetragen, vor allem Vranitzky und Klima und später Gusenbauer, Faymann und Kern. In der Opposition hält die SPÖ dem nicht wirklich etwas entgegen. Auch die Spitzen von ÖGB und AK trugen dazu bei – siehe die massive Beitrittswerbung zur neoliberalen EU!

SPÖ, AK und ÖGB versuchten und versuchen nur zu lindern, treten für „soziale Abfederungen“ ein. Denn bis heute hat sich ihr Traum und die Hoffnung von einem „sozialen Europa“, dass sich die neoliberale EU zu einer „Sozialunion“ umgestalten ließe, wie sie bei ihren Mitgliedern verbreiten, nicht erfüllt.

Im Gegenteil, die Realität sieht ganz anders aus. In Wirklichkeit ist die Kluft zwischen Arm und Reich immer weiter aufgegangen, stiegen die Profite und wuchsen und wachsen die Vermögen für die 1% der Reichen und sanken die Einkommen der breitesten Schichten der Bevölkerung. Im Jahr 2019 waren in Österreich schon fast 1,5 Millionen Menschen von Armut und Ausgrenzung gefährdet (Quellen: Statistik Austria, AKOÖ, Armutskonferenz). Diese Zahl wird sich heuer wohl nochmals erhöhen.

„Virenschutz für die Wirtschaft“

Trotzdem fordert WIFO-Chef Badelt einen „Virenschutz für die Wirtschaft“. Wie der aus Sicht der Industrie ausschaut, hat deren Chefökonom Christian Helmenstein z.B. so dargelegt:

Der Handel (immerhin 500.000 Beschäftigte) werde nie mehr so viel

Personal wie vor Corona brauchen, gesteigertes E-Commerce werde nicht mehr zurückgefahren, viele Firmen werden nur mehr mit dem Kernpersonal auskommen. Das heißt, jetzt noch Kurzarbeitende werden nachher voraussichtlich nicht mehr gebraucht. Die Folge: ein hoher Sockel an Dauerarbeitslosigkeit. Und siehe da, der Industriellen Sprecher verlangt vom Staat eine „Qualifizierungs-offensive“ und eine Art „neuer Frühpension“ (Quellen: Kronen Zeitung, 18.4.2020).

Der Staat soll für Umschulungen, die dann den Unternehmen wieder zugutekommen und für Kündigungen von Menschen, die die Unternehmer nicht mehr brauchen, die Kosten übernehmen. Das bedeutet die Absicherung der Profite der Unternehmer und des Vermögensstandes der Reichen soll auf Kosten der Steuerzahler*innen finanziert werden.

Verstaatlichung der Verluste, Privatisierung der Gewinne

In der Profitkrise ist der sonst so verpönte Staat wieder gut genug: Verstaatlichung der Verluste, Privatisierung der Gewinne wie schon in der Finanzkrise 2008. Damals wurden die Spekulationsverluste der Banken mit Hilfe der Regierung und ihrer Bankenrettungspakete zu Staatsschulden gemacht. Anschließend wurden die Staatsschulden zum Anlass genommen, den „Sparstift“ bei der Masse der arbeitenden Bevölkerung anzusetzen, z.B. durch Leistungs- und Gehaltskürzungen sowie Privatisierungen und Ausverkauf im öffentlichen Sektor oder durch Kürzungen im Gesundheitssystem, bei Kranken-, Unfall und Arbeitslosenversicherungen und bei den Pensionen.

„Gutscheindemokratie“:

Kusch und kauf

Statt abgesicherten Arbeitsrechten, Einkommen und Lebensgrundlagen greift immer häufiger eine Art „Gutscheindemokratie“ um sich, „Führer“-Zuwendungen á la Haider-, Strache-, Hofer- und Kickl-FPÖ, die jetzt auch die Türkis-Grünen in Zeiten der „Coronakrise“ anwenden. Kurz und Kogler verordnen uns die gesteigerte Form eines jahrzehnte-

alten Verkaufsslogans: Kusch, nimm und kauf! Das sind undemokratische, unsoziale, unwürdige und respektlose Almosen, getarnt als: „wir tun etwas für die Menschen“. Der wahre Hintergrund: Wählerstimmen für Kurz von der Masse in Not zu bekommen und Masse an Spendengeld und Zuwendungen von den Nutznießern so einer Politik, den Reichen und Konzernen wie es in den letzten Wahlkämpfen massiv geschehen ist.



Cartoon: © Karl Berger

Auch ÖGB-Spitzen („Corona-Tausender“ für die Alltagshelden) und SPÖ-Obere (Taxigutschein, Wirtshausgutschein) müssten wissen, dass so etwas eine ordentliche, dauerhafte Absicherung der arbeitenden Menschen nicht garantiert – im Gegenteil. Alles, was keine fixen, dauerhaften und fixierten Ansprüche sind, verpufft als Einmalzahlung sehr schnell und befreit die Unternehmer von Verpflichtungen gerade im Niedriglohnsektor endlich existenzsichernde Löhne und Gehälter bezahlen zu müssen.

Diese „Gutscheindemokratie“ zu Ende gedacht überträgt zum Vorteil der Unternehmer die Last auf den Staat, die Länder und Gemeinden, also wieder auf die Allgemeinheit, wieder auf die Masse der arbeitenden oder arbeitslos gemachten Menschen, die durch ihre Steuern und Abgaben zu 80 bis 90% die öffentlichen Kassen finanzieren. Die großen Firmen und Konzerne zahlen kaum Steuern und die Reichen müssen für ihr Vermögen überhaupt keine Steuer zahlen.

Führer-„Demokratie“

Kurz hat während der Corona-Pandemie klar gemacht, dass er sich

nichts dreinreden lassen will. Die Grünen dienen ihm als demokratisches Behübschungs-Feigenblatt.

Kogler darf poltern, Anschöber beruhigen. Was Sache ist, entscheidet der engste Beraterstab von Kurz. Wie dieser zusammengesetzt ist, kam zwar an die Öffentlichkeit, wie dort entschieden wird ist undurchsichtig. Innenminister Nehammer darf den Kettenhund spielen, Polizei aufmarschieren lassen, Wien prügeln oder Anschöber mit dem „Ostererlass“ auflaufen lassen.

Auf die Kritik zur Aushebelung des Epidemiegesetzes 1950 und die Beschwerde wegen des Covid-Gesetzes beim Verfassungsgerichtshof (VfGH) antwortete Kurz überheblich und höhnisch: Der VfGH wird entscheiden, aber dann wird eh alles schon vorbei sein. Frei nach dem Motto: ihr könnt kritisieren was ihr wollt, ich mache was ich will. Kurz hat schon öfter durchblicken lassen, dass er im Fall des Falles auch wieder alles autoritär runterfahren lassen will.

Damit das nicht nötig sei, propagierte die enge Kurz-Beraterin Mei-Pochtler, Leiterin der internen Zukunfts-Denkfabrik im Bundeskanzleramt, die von der Uniqa finanzierte Rot-Kreuz Stopp-Corona-Überwachungs-App, weil „*ich glaube, die Leute werden diese Kontrolle von sich aus wollen*“ (orf.at, 4.5.2020). Doch die Menschen wollen die Zwangs-App bekanntlich nicht, weshalb die Regierung vorerst einen Rückzieher machen musste.

Mei-Pochtler, die im Aufsichtsrat von Puls24 sitzt und mit dem Chef der Wiener Industriellenvereinigung verheiratet ist, sagte in der Financial Times“ sinngemäß, dass es „*Maßnahmen am Rande der Demokratie*“ brauche. Empörend, aber kein

Wunder, ist sie doch Anhängerin der „*Diktokratie*“, der „*diktatorischen Unternehmensführung*“ (Standard, 22.9.2003) und mit den „*Überwachungskapitalisten*“ des Silicon Valley, Google, IBM oder Microsoft, bestens vernetzt (zackzackzack, 4.5.2020).

Diese „Diktokratie“-Denkweise entspricht der von den Kanzlerberatern vorgegebenen Linie und Kurz zugeordneten Rolle, ihn als Führer aufzubauen. Und frei nach Mei-Pochtler im oben zitierten „Standard“, muss die Marke Kurz Spuren, „mit eiserner Disziplin“.

So erklärte ja Kurz bereits am Tag der Aufkündigung der Koalition mit der Führungspartei FPÖ nach Ibiza am 18. Mai 2019, selbst Führer sein zu wollen, dass es „*einen klaren Wählerauftrag für eine Person geben solle, die das Land führen möchte.*“

Kurz braucht den „permanenten Ausnahmezustand“ und den Kult um seine Person, um sich inszenieren zu können. Das ist nicht nur teuer, sondern auch politisch gefährlich für die Demokratie.

Regierung & Corona: Mehr Glück als Verstand

Den Mega-Corona-Infektionsherd in Ischgl, mit schwerwiegenden Infektions- und Todesfolgen für Österreich und ganz Europa, ließ sie der (Tourismus-)Wirtschaft wegen geschehen – bislang ungestraft.

Hauptsächlich verantwortlich für den bislang relativ glimpflichen Verlauf der Corona-Pandemie in Österreich waren:

- die disziplinierte Bevölkerung
- die hunderttausenden Menschen, die für die Aufrechterhaltung unseres täglichen Lebens sorgen, im speziellen Fall insbesondere das Gesundheits- und Pflegepersonal

- vor allem der Umstand, dass Österreich die Behandlung und Versorgung von Covid-19-Patienten genug Intensivbetten zur Verfügung hatte
- weil es bei uns den Regierungen nicht gelang, den von Weltbank, IWF, OECD, oder EU seit 30 Jahre geforderten „Sparkurs“ im öffentlichen Gesundheitssystem vollends durchzuziehen
- weil es gegen die Kürzungen im Gesundheitssystem passiven und zum Teil massiven aktiven Widerstand der Bevölkerung, bei den Beschäftigten und in der Ärzteschaft gab

NICHT jedoch: das autoritäre Auftreten der Kurz-Kogler-Regierung, die Aushebelung der Demokratie, die wirren Verbote und Gebote, der Polizei- und Militäreinsatz, die harten Strafen.

„Nicht nur Seuchen, auch Wirtschaftskrisen töten“

„Das neoliberale Regelwerk, das Europas Weg auch nach der Finanzkrise 2008 bestimmte“ (EU-Fiskalpakt und EU-„Rettungsschirme“, Anm. d. Red.) hat nachweislich die Todesraten emporklettern lassen ... Heruntersanierte Spitäler in Italien, Spanien, der Abbau der öffentlichen Leistungen und Dienste bis an die Grenze des Staatsversagens, wie etwa in Griechenland.

Übertragen auf die Gesamtbevölkerung müssen wir von der These ausgehen, dass in der Eurozone die 2008er-Krise und die Krisen danach zum frühen Tod von 1,76 Millionen Menschen geführt haben.“

Arno Tausch (Honorarprofessor für Wirtschaftswissenschaften an der Corvinus-Universität in Budapest und Universitätsdozent für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck), Wiener Zeitung, 26. 5. 2020

*

50.000 gegen Rassismus und Polizeigewalt in Wien

Aus Anlass der Ermordung des US-Bürgers George Floyd durch einen US-Polizisten, haben am 4. Juni weltweit Hunderttausende Menschen demonstriert. Besonders viele junge Menschen zeigten dabei auch in Wien, dass sie nichts von der Spaltung der Gesellschaft halten, die auch im Zuge der "Coronakrise" von der Kurz-Kogler-Regierung verschärft wurde. Wieso erfolgte keine offensive Verurteilung der US-Polizeigewalt durch die Regierung? Vielleicht deshalb, weil der Kanzler ein Trump-Verehrer und ein im Weißen-Haus gern gesehener Gast ist? Wegen der Tausenden Teilnehmer*innen gegen Polizeigewalt konnte die Polizei die Kundgebung in Wien nicht auflösen. Das ist gut so und ein Erfolg der Menschen, die wissen, dass auch schon die FP-Kickl-Polizei gegen z.B. Klimademonstranten brutal vorging oder schon früher Menschen in Polizeigewahrsam zu Tode kamen. Auch VP-Innenminister Nehammer hätte im Zuge von Corona am liebsten Spitzelpolizei ins Wohnzimmer geschickt ...

Die Reichen müssen zahlen!

Die Lehre aus Corona muss sein: Das Gesundheits- und Sozialsystem muss ausgebaut werden!

Nicht, wie das schon wieder „Gesundheitsexperten“ (IHS) verlangen, Spitalsbetten abbauen (oe24, 12. 5. 2020).

ÖGB und Arbeiterkammer (AK) fordern ganz und gar berechtigt, dass die Millionen-Vermögenden einen „ganz, ganz großen Beitrag“ leisten müssen, um die Konjunkturprogramme und die Corona-Milliarden zu finanzieren, dass es zu einer **Arbeitszeitverkürzung kommen muss, mit der auch die Umwelt entlastet und das Klima geschützt werden kann.**

Durch die Corona-Ausnahmegesetze dürfe auch kein demokratiepolitischer Schaden zurückbleiben, wegen der Schutzmaßnahmen eingeschränkte Grundrechte auf Versammlung oder Demonstration dürfen nicht unter die Räder kommen.

Wann soll das eingefordert werden?

In der Zeit nach der Krise, ist vom ÖGB-Präsidenten Katzian zu hören. Doch dann wird es zu spät sein. Jetzt braucht die Unternehmenseite den Staat, die „Held*innen von Corona“, Gewerkschaften und AK als „Sozialpartner“, um ihren Besitzstand zu sichern.

Jetzt muss mit den 1,2 Millionen ÖGB- und über 3 Millionen AK-Mitgliedern gemeinsam mit den im Homeoffice Arbeitenden, den Kurzarbeitenden, den Arbeitslosen, Student*innen Druck aufgebaut und sichtbar und hörbar demonstriert werden.

Gemeinsam mit den Pensionist*innen, die zuerst von Kurz und den Medien zu „schützenswerten Gefährdeten“ erklärt wurden, „wegen“ derer die Ausnahmemassnahmen notwendig geworden seien, aber jetzt zunehmend zu „Gefährdern“ abgestempelt werden, „wegen“ derer die Jungen ihrer Chancen beraubt werden, weil die Wirtschaft nicht früher hochgefahren werden konnte.

Wenn wir jetzt handeln, nicht nur verhandeln, kann der weiteren Spaltung in der Gesellschaft entgegengetreten werden und können die autoritären Tendenzen zurückgedrängt werden.

Es muss Druck gemacht werden – jetzt!

Von unten: für Millionärssteuern und massive Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, für soziale Absicherung mit genug Einkommen zum Leben auch bei (Dauer-) Arbeitslosigkeit.

Es muss mobilisiert und auf die Straße gegangen werden. Auch die ohne Aufträge bzw. Arbeit dastehenden EPUs, neuen Selbständigen und Scheinselbständigen, die derzeit von Regierung und Wirtschaftskammer im Regen stehen gelassen werden, müssen aktiv einbezogen werden. So kann gleichzeitig aktiv für die volle Rückgabe aller demokratischen Grundrechte öffentlich und wirksam Druck gemacht werden.

- **Wir brauchen keinen „starken Mann“**
- **Wir brauchen keinen autoritären Staat!**
- **Wir brauchen einen kräftigen, solidarischen Sozialstaat!**
- **Wir brauchen aktive und direkte Mitbestimmung auf breiter Basis!**



DEMONSTRATION

Niemanden zurücklassen - Arbeitslosengeld erhöhen!

„Niemand wird zurückgelassen!“ tönte die Bundesregierung zu Beginn des Corona-Lockdown. Seither sind drei Monate vergangen und noch immer warten Millionen Menschen auf konkrete Unterstützung. Hunderttausende fühlen sich und sind existenziell bedroht.

Samstag, 4. Juli 2020, 14:00 - 17:00

Treffpunkt: Wien, Mariahilfer Straße 75 - **Abschluss:** Wien, Ballhausplatz

Aufruf und Unterstützer: <http://www.selbstbestimmtes-österreich.at/289-demo-niemanden-zuruecklassen-arbeitslosengeld-erhoehen>

Auch wir sind auf der Demonstration.

Wer mit uns gemeinsam teilnehmen und uns aktiv unterstützen will, meldet sich unter ggae@gmx.at – Betreff: DEMO 4.7.

EURATOM über alles

Anlässlich Österreichs Klage beim Europäischen Gerichtshof (EuGH), dass die Förderung des Baus des britischen AKW Hinkley Point durch Großbritannien dem EU-Beihilfenrecht widerspräche, hat nun der Generalanwalt des EuGH in einer Empfehlung an den EuGH festgestellt, dass diese milliarden schwere Atomförderung zulässig sei:

- weil der EURATOM-Vertrag als Primärvertrag der EU nichts über staatliche Beihilfen enthalte
- weil der EURATOM-Vertrag über anderen EU-Zielen stehe, die Entwicklung von Kernkraftwerken notwendig vorsehe.

<https://www.nuklearforum.ch/de/aktuell/e-bulletin/generalanwalt-oesterreichs-klage-gegen-hinkley-point-c-ist-abzuweisen>

Das heißt im Klartext das, was wir schon immer sagten: EURATOM ist nicht reformierbar, steht über allen anderen EU-Zielen. Die Atomlobby hat „Narrenfreiheit“.

Das hat seine Gründe: Die sogenannte „zivile“ Nutzung der Atomenergie, also die Gewinnung von Strom aus Kernspaltung, ist aus der militärischen, der kriegerischen Entwicklung und Nutzung der Atomenergie (Atombomben und Atomwaffen) hervorgegangen und deren „zivilis“ Abfallprodukt aus AKWs kann wieder zur militärischen, kriegerischen Nutzung verwendet werden. Deshalb hält die EU über EURATOM an der Atomförderung fest. Deshalb haben die großen EU-Staaten, allen voran die große Atomstaaten Frankreich, Großbritannien – bald Ex-EU und umso mehr am AKW-Bau interessiert), kein Interesse, EURATOM zu „reformieren“ oder gar abzuschaffen. Im Gegenteil: weil sie in Konkurrenz v.a. zu USA, Russland, China, bald auch zu Großbritannien, aber auch zu allen anderen Atomwaffenstaaten in der Welt stehen, wollen sie ihr Atomwaffenarsenal auch über die „zivile“ Atomnutzung aufrechterhalten und ausbauen (siehe Hinkley Point).

Dazu passt, dass erst jüngst Frankreichs Präsident Macron eine gemeinsame Atombewaffnung der EU forderte oder US-Präsident Trump kürzlich von der Wiederaufnahme von US-Atomwaffentest sprach.

AKWs und Atombomben sind siamesische Zwillinge, sagten wir AKW-Gegner richtigerweise schon vor der Volksabstimmung 1978 und forderten deshalb auch den Austritt Österreichs aus der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA), der Welt-Atomlobby-Organisation.

Doch entgegen dem Atom-Nein-Volksentscheid ist Österreich 1995 mit dem EU-Beitritt auch dem EURATOM-Vertrag beigetreten. Deshalb fordern wir seitdem auch den Austritt Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag, die Einstellung aller Atomzahlungen und natürlich nach wie vor den Austritt Österreichs aus der IAEA.

Die „Empfehlung“ des EuGH-Generalanwalts bestätigt wieder einmal, was schon vorher klar war und entlarvt die Heuchelei der heimischen so genannten „Anti-Atom-Politik“: Alle seit mehr als 40 Jahren vorgetragenen „Proteste“ seitens der Landes- und Bundespolitik gegen die ja wirklich gefährlichen, geplanten Atommülllager und die entstehenden und geplanten AKWs rund um Österreich sind zahnlos, wenn man nicht aus EURATOM und IAEA austritt und alle EU- und internationalen Atomförderzahlungen von österreichischer Seite her einstellt!

RAUS aus EURATOM – RAUS aus IAEA!

TERMINE:

- 22. – 29. Juni 2020** Klimavolksbegehren
27. Juni 2020, Wien Protest gegen EU-Battle-
14.00 Uhr, Oper groups – Für Neutralität!
4. Juli 2020 - DEMO Niemanden zurücklassen –
Wien, 14.00 Uhr Arbeitslosengeld erhöhen!
Start: Mariahilferstr. 75 – Abschluss: Ballhausplatz

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache auch weiterhin benötigen! Auftreten gegen: Wirtschaftskrise, Krieg und Militarisation, Atomrüstung, AKW-Bau und Klimawandel. Nur gemeinsam können wir eine bessere Zukunft erreichen.

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, ist unser Auftreten nur durch ehrenamtlichen Einsatz und durch Spenden unserer LeserInnen und AktivistInnen möglich! Alle, die unsere Auffassungen teilen, laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

Wir wünschen Gesundheit, einen schönen Sommer und alles Gute!

*Mit kollegialen Grüßen, „Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg“*

Spendenkonto bei der BAWAG P.S.K.

IBAN: AT19 6000 0101 1022 7650

BIC: BAWAATWW; Empfänger*in:

Gewerkschafter gegen Atomenergie,

Verwendungszweck: Spende

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. P.b.b. **Verlagspostamt 1070 Wien, Erscheinungsort Wien.** DVR: 0649228; „Sponsoringpost“ **GZ02Z030950 S – ZVR 100322133**

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100 % der gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriffel, H. Tschida

Datenschutzerklärung siehe:

www.atomgegner.at/datenschutzerklaerung-impresum/